

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung im Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Zustellgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Postband 5.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzustellliste für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 111. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtspaltige Normalzeile oder deren Raum 1,20 M., Westpreußen den fünfspaltigen Raum 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Erwerbungsbeitrag 10 Pf., bei Familien- u. Verjammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Insetats für den darauffolgenden Tag mäßig. Die Zeitungsnummer bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition anfragen. Direktoren-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9764.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die französischen Sozialisten gegen Noske.

Zwei Gallifets.

Mit Genugtuung können wir immer wieder von neuem feststellen, wie scharfsichtig und treffend unsere Genossen jenseits des Rheines die innerpolitischen Zustände in Deutschland und die lähmende Schuld der deutschen Rechtssozialisten am Aufkommen der neuen Reaktion zu erkennen vermögen. Deutlich enthüllen die französischen sozialistischen Zeitungen ihren Lesern den Verrat der deutschen rechtssozialistischen Regierung an ihren einstigen Parteigenossen, und ganz besonders geisteln sie das Verhalten Noskes, der in schändlicher Weise seine einstigen Massengenossen durch ein von ihm geschaffenes reaktionäres Heer niederzuknien lasse. So gibt der Pariser „Populaire“ vom 25. September folgende treffende Schilderung Noskes und seiner rechtssozialistischen Spießgesellen.

Noske legt seine Politik reinster Reaktion gestützt auf seine Armee und besonders auf die Berliner Garnison fort. Dieser ehemalige Unteroffizier, jetzt Reichswehrminister, sucht Deutschland nach seinem Noske zu lenken. . . Ein recht eigentümlicher Typ eines Sozialisten ist dieser Mann, denn während er vor der militärischen Reaktion kriecht und winselt, behauptet er gleichzeitig Sozialist zu sein.

Während Scheidemann aus Gründen, die man recht gut durchschaut, sich gegen die Prätorianergarde wendet, die sich schon nicht mehr scheut, ihre reaktionären Pläne ganz öffentlich zu betreiben, findet Noske nur liebe Worte und ehrenvolle Hochachtung dafür. Selbst der „Vorwärts“ hat sich, allerdings nicht ohne Högern, gegen den wütenden Oberst gewandt, doch Noske verteidigt und verherrlicht ihn. Wer an Reinhard rührt, der rührt an Noske.

Und seltsam ist es nun, wie unsere französischen Genossen in das Innerste dieses Obersten Reinhard zu sehen vermögen. Denn ohne zu ahnen, daß dieser zu gleicher Zeit sich rühmt, den Massenführer der Pariser Kommune, General Gallifet, zum Vorbild zu nehmen, gibt ihm der „Populaire“ den gleichen Namen. Er schreibt:

„Noske hat die blutige Unterdrückung in Berlin geleitet, und Reinhard hat sie ausgeführt: Thiers und Gallifet obée besser noch: zwei Gallifets.“

Der „Populaire“ geißelt sodann die brutale rechtssoziale Unterdrückung, die Noske gegen die Unabhängige Sozialdemokratie anwendet und schließt mit folgenden bedeutungsvollen Worten:

„Noske bleibt bis jetzt Mitglied der zweiten Internationale. Doch um die Einheit der große Familie Arbeiter in der Welt wieder herzustellen, muß man zuerst die Schänder ihres Namens austreten.“

Noske und die Medlenburger.

Hans Reuß, der Vorsitzende des Landesauschusses und der Landtagsfraktion der Rechtssozialisten in Mecklenburg-Strelitz, dem Heilmann mit jener Geste die Entfremdung von der Partei empfohlen hat, weil er die Parteigenossen „zu undisciplinierteren Gemeinheiten gegen die Vertrauensleute“ der Gesamtpartei verführe, antwortet dem Wächter über die Kadaverdisziplin in der „Welt am Montag“ mit folgender Darlegung:

Als Wort und Noske sich mit Gefolge zum Antrittsbesuch in Neustrelitz angemeldet hatten, entwarf der sozialdemokratische Ministerialdirektor Dr. Reichert v. Reibnitz ein Empfangsprogramm, das dem Landesauschuss (der Verlegung des Landtages) und dem Vorsitzenden dieses Ausschusses die Aufgabe zuwies, wie als dem Vorsitzenden dieses Ausschusses die Aufgabe zuwies, bei den „Honneurs“ mitzuwirken. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages, deren Vorsitzender ich bin, und der Kreisvorstand (Vorsitzender Abg. Bartsch) beschlossen, die Teilnahme der Partei abzulehnen, den Genossen in der Landesregierung aber die Erfüllung ihrer Pflichten freizustellen. Als dieser Beschluß nach Berlin gemeldet war, wurde der Besuch zunächst abgelehnt.

Der Beschluß der Fraktion und des Kreisvorstandes ist einstimmig gefaßt worden, auch die zur äußersten Rechten der Fraktion und des Vorstandes zählenden Genossen haben ihm zugestimmt. Schon vor einigen Wochen hat der Bezirksparteitag für beide Mecklenburg und Lübeck einen Beschluß gegen Noske und seine Regierungsmethoden gefaßt, der ganz der Haltung der Partei in Mecklenburg-Strelitz gegen Noske entspricht.

Die mehrheitssozialistische Fraktion und Partei in Mecklenburg-Strelitz sind durch Sprengungsversuche Unabhängiger nicht

erschüttert worden. Die Fraktion hat die Führung in der Regierung des Landes, deren Aufgaben wegen der einzigartigen Rechts- und Verhältnisse des Staates weit erheblicher sind als die in anderen Staaten gleichen Umfangs. Die Fraktion genießt die Achtung des ganzen Landes, auch der bürgerlichen Parteien. Ihre Arbeit wird als vorbildlich anerkannt. Der Genosse Dr. v. Reibnitz hat sich nie um ein Amt im Lande beworben, sondern ihm ist die Stellung eines Ministerialdirektors von der Partei ohne das geringste Zutun seinerseits angetragen worden. Er unterscheidet sich von „Fischchen“ durch, außerdem noch dadurch, daß er arbeitet und dem Lande Dienste leistet, die sich vorteilhaft von der Wirksamkeit vieler sozialdemokratischer Minister und anderer Regierungsmänner unterscheiden.

Die Haltung der Partei in Mecklenburg-Strelitz gegen Noske ist kein Ergebnis irgendeiner „Verführung“. Sie ist bodenständig und urwüchsig. Bei den Konserativen des Landes hat Noske begeisterte Anhänger; bei den Sozialdemokraten ist er verhaßter als irgendein anderer Mann in Deutschland. Am benachbarten Pommern steht es genau so. Viele mehrheitssozialistische Organisationen im Reich haben sich in den letzten Wochen gegen Noske erklärt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die von Heilmann angeregte Aktion des Parteivorstandes von diesem als eine offenbar selbständigerweise abgelehnt werden wird.

Gegen Heilmann selbst ein Wort zu verlieren, halte ich schon deshalb für überflüssig, weil er und seine Kollegen in der Reichspartei ihr Dasein nur noch einer Pfütze des hergebrachten Apparats verdanken, von den Massen aber längst „abgelassen“ sind. Hätte er den Mut, seine Ämter gegen mich in Mecklenburg-Strelitz zu wiederholen, dann würde ihm ein Licht aufgehen über den Unterschied seiner und meiner Stellung bei den sozialdemokratischen Massen.

Die Kennzeichnung Heilmanns im letzten Absatz kann nicht treffender gegeben werden. Kein Wunder, daß er den Dank für den Besitz der „Pfütze“ auf eine seinem Wesen eigene Art abzutragen sucht: durch Denunziation oppositioneller Parteimitgliedschaften bei den höchsten Parteibögen. Im übrigen scheinen sich die Mecklenburger Rechtssozialisten, was kritischen Scharfblick anbelangt, recht vorteilhaft von den Berliner Parteifunktionären zu unterscheiden.

Der Streik in der Metallindustrie.

Die Kampflage ist nach wie vor im allgemeinen unverändert. Der Umfang des Streiks steigert sich fortgesetzt. Seit Sonnabend sind 4500 Arbeiter neu ausgesperrt, 2000 Arbeiter sind neu in den Streik getreten. Die Metallarbeiter führen ihren Kampf mit ruhiger Sicherheit und sie können der Unterdrückung der gesamten Arbeiterschaft, für die sie auf den Schanzen stehen, gewiß sein.

Nachträglich recht und vom Metallarbeiterverband folgende Meldung zur 4000 Arbeiter der A. G. O. in der Kaserstraße sind in den Streik getreten. Das Werk ruht hierdurch.

Rechtssozialistische Verbrüderungskünste.

In der rechtssozialistischen Parteifunktionärskonferenz behauptete Busch, daß die Metallarbeiter den Streik ins politische Fahrwasser leiten wollten, indem sie die Elektroindustrie und die Gemeindearbeiter in den Streik zu ziehen suchten. Er mußte sich aber von dem Vertreter der Gemeindearbeiter, Kammermeier, sagen lassen, daß die Forderungen der Gemeindearbeiter schon am 1. Juli gestellt seien, und mit dem Metallarbeiterstreik nichts zu tun hätten.

Also nicht nur die bürgerliche Presse, sondern auch rechtssozialistische Verbandsmitglieder betätigen sich an der Seite gegen die Metallarbeiterbewegung. Den Rechtssozialisten kommt es darauf an, unter allen Umständen der neuen Ordnerverwaltung des Metallarbeiterverbandes eins auszuweichen.

Japanische Hilfe für Kollischal.

T. U. Paris, 28. September. Die japanische Regierung hat nunmehr der Regierung des Admirals Kollischal einen Vorschlag von 2 Millionen Yen bewilligt.

Die Noskepartei.

Gestern hat eine Agitationskonferenz der Groß-Berliner Parteifunktionäre der Rechtssozialisten stattgefunden, die Herr Noske, der höchstselbst erschienen war, nach seiner Rede einstimmig ein Vertrauensvotum ausgesprochen hat. Der „Vorwärts“ ist über dieses „besondere Ereignis in der rechtssozialistischen Parteigeschichte“ ungewöhnlich begeistert, er feiert den Mut und Intelligenz seines Herrn und konstatiert: Noske „gehört mit seinem ganzen Fühlen und Denken zur Partei, er hat nicht im Haarsbreite aufgehört Sozialist und Demokrat zu sein“. Gegen die Apologie und gegen die Konstatierung ist nichts einzuwenden, sobald man sich nur klar macht, daß diese Partei mit ihrem ganzen Denken und Fühlen auf den Noske gekommen und genau so sozialistisch und demokratisch ist wie der Schutzpatron der Reinhard und Genossen.

Es steht auch nicht dafür, über die Person des Noske an dieser Stelle viel Worte zu machen. Zwischen uns und Noske fließt ein unüberbrückbarer Abgrund. Es handelt sich nicht nur um verschiedene politische Auffassungen. Wir sind geschieden durch unsere Anschauungen von Sittlichkeit und Menschlichkeit von einem Menschen und seiner Partei, die für uns eine Niedrigkeit und Gesinnungslosigkeit verkörpert, die selbst in der traurigen Verfallsgeschichte der deutschen politischen Parteien nicht ihresgleichen findet.

Am 4. August sind die Rechtssozialisten die Parasiten des deutschen Imperialismus geworden, und Noske war einer der lautesten Schreier im Dienste der Kriegspolitik. Unentwegt für das Durchhalten, dem er als hurratriotischer Kriegberichterstatter und als Abgeordneter mit der ganzen Bediensthaftigkeit, deren ein deutscher Rechtssozialist so sehr fähig ist, gedient hat, begeistert er sich an der Fortführung des uneingeschränkten U-Bootskrieges, tadelte die Bundesgenossen wegen unterlassener Offensive und war unentwegt Kaisersozialist bis zum letzten Tag. Dann, als der Zusammenbruch da war, haben die Rechtssozialisten als Parasiten der Revolution sich der Macht, deren alle Verweier davongelaufen waren, bemächtigt, haben mit der Bourgeoisie und Generalität ihren Pakt zur Entlastung der Macht geschlossen und mit Hilfe der monarchistischen Offiziere hat Noske jene „Diktatur der Mitte“ mit den scharfgeschliffenen Bajonetten errichtet, die sie die „vollendete Demokratie“ nennen.

Die Noskepartei hat nicht nur die Revolution verraten, sie hat nicht nur den Trägern des alten Systems wieder zur Macht verholfen, die in dem Momente ausgeübt werden wird, wo die Angst vor Koch schwindet. Zu gleicher Zeit sind all jene Untaten geschehen — unter Verantwortung des Noske und seiner Partei —, die bis heute ungesühnt geblieben sind. Das Morden der Weissen Garde, von der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs angefangen, die geschlossene Willkür des Belagerungszustandes, die Schutzhäftlinge, die sind nicht nur politische Verbrechen gegen die Arbeiterbewegung, sie sind vor allem unerhörte Verleumdungen und Verhöhnungen des Rechtsgefühls, das auf immer die, die solche Taten zu verantworten haben, und die, die diese Taten decken, von jeder Gemeinschaft mit uns ausschließt.

Die rechtssozialistischen Funktionäre haben sich nun mit Noske vollständig solidarisch erklärt. Ihnen hat es genügt, daß Noske erklärte, daß er an die Gegenrevolution nicht glaube, um ihm ihr Vertrauen auszusprechen. Rühmlich erklärte ihnen Noske, sie hätten die schönsten Freiheiten auf dem Papier, jetzt sei es nicht Sache der Regierung, sondern des Volkes selbst, diese in reale Wirklichkeit umzusetzen. Diese Pöcherlichen riefen „Sehr richtig!“, und begannen die Umkehrung der Freiheit in die Wirklichkeit, indem sie der Politik, die diese Freiheit in Wirklichkeit aufhebt, ihr Vertrauen aussprachen und sie ließen sich es ruhig gefallen, daß Noske auf die revolutionäre Bewegung schimpfte, daß ausgerechnet er über diejenigen ein Urteil abzugeben wagte, über die für die die Revolution eine Gelegenheit zum Deutemachen gewesen sei, daß er über den Terrorismus und die Vergewaltigung anderer Meinungen durch die revolutionären Arbeiter jammerte.

Noske gegen den Terrorismus, die Noskepartei gegen das Deutemachen! Wir sind die letzten, die beschönigen wollen, daß manche Arbeiterfraktionen, die durch die Revolution erst in die politische und gemeinschaftliche Bewegung hineingeworfen wurden, zuviel an ihre unmittelbaren mate-

kleinen Interessen und zu wenig an die revolutionären Ideale gedacht haben. Aber wenn irgend jemand kein Recht hat, darüber zu sprechen, so ist es die Kosselpartei und ihre Führer, für die ja die ganze Revolution nichts anderes gewesen ist, als die Gelegenheit, sich in den Besitz der Macht zu setzen und sie unter der Prätendanz ihrer grundsätzlichen sozialistischen Politik zu behaupten. Die Deutemacher dürfen wirklich nicht über die „Deutepolitik“ der anderen sprechen!

Die Berliner Funktionäre der rechtssozialistischen Partei aber waren zufrieden und beschloßen folgende Resolution:

Die Agitationskonferenz des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Groß-Berlin erklärt nach eingehender Aussprache, daß heute mehr denn je Ordnung und aufbauende Arbeit: Selbsterhaltungspflicht des deutschen Volkes ist. Das immer freudiger Auftreten der politischen und kapitalistischen Reaktion ist hauptsächlich eine Folge des brüderlichen antisozialistischen und antidemokratischen politischen Kampfes der Kommunisten und Unabhängigen. Die an die Revolution geknüpften Erwartungen der Arbeiterschaft können daher nur in Erfüllung gehen, wenn die sozialdemokratischen Volksparteien bereit sind, die Erreichung ihrer Ziele eventuell mit allen politischen und militärischen Mitteln gegen alle Gegner zu sichern. Die Berliner Parteigenossen sehen in die Vertreter der Partei in der Regierung und insbesondere in den Genossen Kossel nach wie vor das Vertrauen, daß sie allen gegenrevolutionären Bestrebungen von rechts und links wie bisher entschieden entgegenzutreten werden und geloben, in diesem Kampf für Demokratie und Sozialismus sie mit allen Kräften getreu zu unterstützen. Die Konferenz ist überzeugt, daß der Genosse Kossel gewillt ist, mit allen geeigneten Mitteln dafür zu sorgen, daß die Reichswehr kein Werkzeug reaktionärer Mächte werden kann.

Der Friede in der rechtssozialistischen Partei, der einzelnen Illusionisten durch die Angriffe Scheidemanns und der „Vorwärts“-Redaktion einen Moment lang bedroht schien, weil sie den völligen politischen und moralischen Verfall dieser Partei noch immer nicht erkannt haben, ist also, woran wir nie gezweifelt haben, wieder hergestellt. Kossel hat festgelegt wie er wollte.

Es ist die alte Geschichte, es ist das alte Mittel, das die Reaktion in der deutschen politischen Wühlkammer noch immer mit Erfolg angewandt hat. So oft die Reaktion sich bedroht fühlt, malt sie das Wesen der Revolution von links. Damit hat sie in früherer Zeit die Nationalliberalen und dann die Fortschrittspartei an die Wand gedrückt, daß sie anstehen, jetzt macht sie dasselbe mit den Rechtssozialisten. Nur daß die rechtssozialistische Partei viel jämmerlicher und widerstandsfähiger ist an die Wand drücken läßt, nur daß hier das charakterlose Strebertum der Führer selbst das Geschäft der Reaktion besorgt und die Einfalt und Naivität der Anhängerhaft das Spiel noch viel mehr erleichtert, als selbst die Charakterlosigkeit der Liberalen von ehemals.

Gegen die historische Wahrheit.

In seiner großen Rede vor den Berliner Parteifunktionären sprach Kossel das Wort: „Die Truppe als Gesamtheit muß unpolitisch sein“. Wenn ein halbes Duzend Organisationen der Offiziere und Unteroffiziere besteht, dann könne er den militärischen Apparat nicht in Ordnung bringen. Dieser funktioniere nicht, wenn die Kaserne ein politischer Disziplinierklub sei. Einzelne Soldaten könnten natürlich ihren „politischen Reigungen ungehindert nachgehen“.

Die Art, wie „einzelne Soldaten“ von dieser Freiheit der ungehinderten politischen Betätigung ungenutzten Gebrauch machen, wird trefflich illustriert durch eine Verfügung des Kriegszentralstellen Oberst Reinhardt an die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene.

Die Reichszentralstelle hat zur Information der beimtorenden Kriegsgefangenen eine Broschüre in den Lagern verteilen lassen, die auf einem würdigen literarisch-golden-republikanischen Umschlag den Titel trägt: „Was ist in Deutschland geschehen?“ Die Broschüre stellt — der

Wahrheit gemäß — fest, daß die Revolution eine Folge des militärischen Zusammenbruchs war. Wie jede Wahrheit, so hat auch diese lebhaften Anstoß in reaktionären Kreisen erregt. Zunächst erschien eine Abordnung des „Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“, deren Wirken ausschließlich durch das Anlieben irgendeiner Palaste bemerkbar wird, in der Reichszentralstelle, um dreißig und gottesfürchtig die Forderung zu erheben, man solle die weitere Verbreitung der Broschüre einstellen. Und nun schreibt der Herr Oberst Reinhardt:

„Es ist mir bekannt geworden, daß die von der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene herausgegebene Schrift: „Was ist in Deutschland geschehen?“ in weitem Umfange von den Kriegsgefangenen heimlich erhalten und in den Durchgangslagern an die heimkehrenden Kriegsgefangenen verteilt wird.“

Wenn auch in der genannten Schrift insgesam die nach heftiger Auffassung ungeeignete Stelle beseitigt worden ist, so bestehen doch die gegen sie von Oberst von Franck geäußerten Bedenken unverändert fort. Ich kann mich daher mit der Verbreitung der Schrift im gegenwärtigen Umfange nicht einverstanden erklären und ersuche um Einstellung der Weiterverteilung an die beimtorenden Kriegsgefangenen in den Durchgangslagern.“

Ist das die Art, Herr Kossel, in der sich „einzelne Soldaten“ von so hohem Range ungehindert politisch betätigen dürfen? Fällt dieser Kampf gegen die historische Wahrheit in das Gebiet der erlaubten politischen Betätigung?

„Unerbittliche Sparsamkeit“.

In der Sonnabend-Sitzung des Reichstages erklärte bei den Verhandlungen über den Reichetat der Ministerdirektor von Bötticher, daß für den Etat unerbittliche Sparsamkeit zu gelten habe und daß mit der früheren Großzügigkeit gebrochen werden müßte. Dagegen führte der Vertreter Preußens im Reichstag aus, daß die preussische Regierung es für eine der dringenden Aufgaben des Reichstages halte, die Bemühungen des Reichsfinanzministers um beträchtliche Sparsamkeit zu unterstützen.

Dieser Appell an die Sparsamkeit wirkt wie ein Dolch, wenn man daran denkt, daß das Wort „Sparsamkeit“ dann überhaupt nicht zu erklären scheint, sobald es sich um die Reichswehr und irgendwelche militärische Organisationen handelt. Dem Volke und insbesondere dem Arbeiter werden Sparsamkeit, Enthaltsamkeit und Einschränkung immer wieder als dringende Pflichten gepredigt, für die Reichswehr, dieser Kernstück der Gegenrevolution, aber und nicht zum mindesten für das persönliche Wohlergehen der ganzen Offiziere werden die gewaltigsten Summen, an denen der Schwitz des Arbeiters klebt, ungezügelt verschleudert. Für ein Heer, das angeblich nur den sechsten Teil des ehemaligen deutschen Friedensheeres zählen soll, werden monatlich Milliarden ausgegeben. Die jenseits alle Heer kaum in einem ganzen Jahre gebrauchte, die fange man mit Sparen an, dann erst hat man das Recht, auch von anderen ein gleiches zu verlangen.

Die Angestellten und das Betriebsrätegesetz.

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten hatte zum 27. und 28. September seinen Bundesausflug nach Berlin zu einer Tagung einberufen. Aus den Berichten ging hervor, daß die neue seit Juni bestehende Einheitsorganisation der deutschen Techniker sich in lediglich 100.000 Mitgliedern; sie zählt jetzt 100.000 Mitglieder. Der Bundesausflug beschäftigte sich u. a. mit der Überlegung der Organisation nach Fachgruppen und der Bildung von Berufsausschüssen und stimmte der von Vorstand vorgeschlagenen Streikordnung sowie den Richtlinien zum Ausbau der Kartellverhältnisse zu. Zum Betriebsrätegesetz wurde eine Entschließung angenommen, in der an die Nationalversammlung die dringende Aufforderung gerichtet wird, die in der Regierungsvorlage vorgesehene Zusammenfassung der Angestellten und Arbeiter unbedingt beizubehalten. Weiter heißt es in der Entschließung: „Der Bundesausflug erhebt Einspruch gegen die Ausschaltung der Beamten aus dem Gesetz und erklart in dem Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände einen gangbaren Weg, um neben dem gemeinsamen Betriebsrat für Angestellte, Beamte und Arbeiter zur Regelung von be-

sonderen Gruppenfragen getrennte Beratungsvorhaben vorzuschreiben. Der in der Regierungsvorlage festgestellte Aufgabenteil der Betriebsräte wird als durchaus unzulänglich erklärt, insbesondere muß die Forderung nach Sicherstellung eines Einflusses des Betriebsrates auf die Betriebsführung ausdrücklich erhalten werden. Das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen muß vor Abschluß des Dienstvertrages ausgeübt werden, dem Einspruch bei Kündigungen und Entlassung ist eine rechtlich ausschließende Wirkung zu verliehen.“

Der Streit um Fiume.

D'Annunzio läßt die Meldung, daß er zur Besetzung der dalmatinischen Städte aufgefordert habe, dementieren.

Die Verhandlungen in italienischen Kronrat ergaben, daß die Fiumefrage ein solches Verhandeln verlange. Giolitti sprach sich offen für die Besetzung Fiumes durch reguläre italienische Truppen aus. Ebenso die Vertreter der anderen Parteien, vor allem der Nationalist Federzoni, der Republikaner Corziani, Frede von der katholischen Volkspartei und der Reformsozialist Bissolati sprachen sich ebenfalls offen für eine Annektion durch ein königliches Dekret aus.

D'Annunzio hat also gut vorgegriffen.

Zurückziehung der englischen Truppen aus Rußland.

Archangel, 25. September. (Reuter.) Heute wurden mehrere tausend russische Truppen und das Hauptquartier eingeschifft. Die letzten britischen Truppen fahren am 27. ab. Die nordrussische Regierung teilt mit, sie habe die Absicht, die demobilisierten Engländer für die nordrussische Wehr in Dienst zu nehmen. Sie hofft, auf diese Weise eine Infanteriebrigade mit Maschinengewehren und Artillerie bilden zu können. Es haben sich bereits 100 Offiziere als Pionier gemeldet.

Die Schweden zur Arbeiterkonferenz in Washington.

Stockholm, 20. September. „Sozialdemokraten“ veröffentlichten ein Schreiben des schwedischen Bundessekretariats an den Staatsminister über die Stellungnahme der schwedischen Arbeiter zu dem Kongreß in Washington. Danach wird augenblicklich in Amsterdam von Vertretern der Arbeiterparteien der verschiedenen Länder darüber verhandelt, inwieweit der Kongreß dem Beschluß der Amsterdamer Tagung entspricht. Die schwedische Delegation wird am 30. September nach Amerika fahren, um dort das endgültige Ergebnis abzuwarten. Sollten die Untersuchungen in Amsterdam wider Vermuten eine Teilnahme der Arbeiter am Kongreß in Washington unmöglich machen, so würde die schwedische Vertretung verhindert, an dessen Verhandlungen und Beschlüssen teilzunehmen.

Senator Dr. Petersen wurde anstelle Friedrich Roumann zum vorläufigen Vorsitzenden des demokratischen Parteiaususses gewählt.

Aus der Parteipresse.

Die sieben erschienene Nr. 59 des „Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Revolutionäre Kampfsache von A. Stein; Aus der Geschichte der sozialistischen Internationalen von Artur Crispian; Die Gewerkschaften in der Revolution von Richard Seidel; Die Internationalen der sozialistischen Jugend von Max Peters. Der „Sozialist“, unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift, erscheint wöchentlich. Man abonniert bei dem Verlag Tony Breitfeld, Berlin W. 16, Kananenstr. 58, bei den Parteibüchereien oder bei der Post. Vierteljahrspreis 6.— M. und Bestellgeld. Einzelpreis der Nummer 60 Pfennig.

Die Bürger von Calais.

Wahnspiel in drei Akten von Georg Kaiser. (Aufführung in der Volksbühne).

Eine Idee schreitet über die Bühne in großem Gewande, mit lauten Gepänge. Aber es ist hohler Lärm.

Der Sieg des Geistes über die Gewalt der Waffen wird gepriesen. Aber es raffelt verächtlich in dem Aufmarsch der Wortbataillone.

Genügnung will sich manifestieren. Aber es entsteht — ein Schauspiel.

Es genügt wahrhaftig nicht, eine leuchtende Idee aufzugreifen und daraufhin ein tönendes Schauspiel zu schreiben. Dann entsteht gütigstenfalls ein Festspiel, Weisheitspiel, Bühnenspiel. So nennt ja auch Georg Kaiser mit einem halben Zugeständnis seine historisch-dramatisch eingeleiteten „Bürger von Calais“, die jetzt in der Volksbühne erschienen. Eine Kraußführung. Dabei eine ältere Arbeit des überaus fruchtbareren, von allen Zeitproblemen trächtigen Autors, dessen „Gas“ die Besucher der Volksbühne kennen. Aber das Ideendrama bleibt auf der Bühne blauer und schattenhaft fremd, wenn ein fähiger Kopf und eine tolle Hand im Reich der Abstraktionen schaltet. Kaiser hat den Griff für die Bühne, er quaddert und krummt die Worte und Bilder, bald priepelisch streng, bald bürgerlich breit, aber er greift keinen Moment an Herz. Wir wollen durch den Dichter die Schmerzen und das Leben spüren, das letzte Fingerzucken, den Anruf, den Aufruf der Gefühle, aber nicht die Verdrängung des Geistes in die Beleuchtung der Scheinwerfer (an denen auch die Menge nicht spart). Aus dem Drama soll sich seinem Hörer die Idee gebären, nicht aus des Autors Willen zur Idee — ein großes Bühnenspiel.

Georg Kaiser hat es trotz manchen theatralisch altbewährten Menschens dem Hörer und Zuschauer keineswegs kurzweilig gemacht. Die Ungeheuer wurde bezähmt. Aber schwebendes Unbehagen ist noch keine Andacht. Weisheit aus Achtung kein Bewusstsein für die Tat und den Geist, dem die dramatische Kränzung auf der Bühne weder sein wollte. Gustav Landauer hat dieses Werk sehr geliebt und geschätzt. Er sah in ihm die dann weiterhin gestaltete Vision („Uns schaffende Weiten bin ich gefest“), die neue Verbundenheit, die neue Menschheit. Vielleicht schwebte ihm dabei auch die feierliche Schöpfung des französischen Dichters Paul

Claudel vor. Im Abglanz seines eigenschöpferischen Dichtergesangs erschienen ihm „Die Bürger von Calais“ anders als nun im Kampensicht.

Es geht um die Rettung der Hafenstadt Calais. Als Sieger will sie der König von England geblieben, es sei denn, daß sechs Bürger sich freiwillig dem Feindtode überliefern. Georg Kaiser mißt die Situation mit allem Vorbedacht aus. Rückertwertung falschen kriegerischen Sieges durch den Geist der freien Tat. Es stößt sie aber das Parte Gebot des Königs. Sieben wollen ihr Leben zum Opfer bringen. Im ersten Akt melden sie sich einander nach dem andern. Im zweiten Akt nehmen sie nach einander Abschied und setzen sich gemeinsam zum Abendmahl, was reichliche Gelegenheit zu freiesinniger religiöser Untermauerung gibt. In schmertlicher Abwandlung bringt der dritte Akt die zum Sterben bereiteten Bürger wieder nacheinander auf die Bühne, im Aneinanderfeld mit dem Stuhl um den Hals. Keiner wollte zurückweichen; der Sechste aber, der Häber, ging ihnen im Tode voran. In seinem Hause hat er den Giftbecher geleert. An seiner Bahre erfahren wir durch den Mund des uralten blinden Vaters den Sinn der bestreidenden und bereinigenden Tat. Trotz mühsam fallender Worte mehr Theatersfigur als Apostel. Von fernher dämmert Gutmenschens-Parasol-Einmischung. Ganz opernhast zum Schluß die Gnade des Königs, dem in der Nacht ein Sohn geboren wurde. Darum heißt er nun kein Todesopfer mehr. Sechz wurden frei. Einerseits: Erlösung im Geiste durch die volle Hingabe des einen an den Tod. Andererseits: Schlußwirkung im Theater durch den Gnadenakt eines Königs. Der Dichter, der gegen das Schwert den Kampf des Geistes führt, sollte sich solchen Requiriten „andererseits“ nicht mehr unterwerfen.

Sie sind aber in dem Stück allmächtig, und eine zu sehr auf Reueherlichkeiten bedachte Spielleitung prunkte mit ihnen. Da wurde mit Namen und Anrufungen Kangekammert, da klüffelten, zischten und orpelten Töne der Männer und Frauen, da wollte sich auch das Kleinste zu starrer und monumentaler Größe reden. Unglücklicherweise fehlte es aber an schauspielerischen Kräften von innerlich hartem Ausmaß und feinsther Rejonanz. Der auf engem Gebiete begabte Herr Stahl-Rachbaur kann Herrn Kasper auf die Dauer unmöglich ersetzen. Nachher ist es Franzosen von der Bühne reißt in das nicht sehr trostliche Ensemble eine empfindliche Lücke. Man sah sich zwar

rechtshaffene Nähe, aber Frau Fehdmer war in einer Mutterrolle unentraglich und Herr Rothauer ging als Kinder Greis mit den feherischen Worten, die er zu sprechen hatte, bößig in die Iere. Die Grenze der künstlerischen Leistungsfähigkeit der Volksbühne muß nach oben und nicht nach unten verschoben werden. Erich Baron.

Ein neues Wahnspiel Georg Kaisers: „Der gereichte Attiliades“ ist von Max Reinhardt zu Aufführung an einer seiner Bühnen angenommen worden.

„Helden.“

(Komödie in drei Akten von Bernard Shaw.)

Die Direktion des „Kleinen Theaters“ verleiht einen zeitgemäßen, guten Griff getan zu haben, als sie dieses Stück, das bereits vor Jahren am Vestingtheater aufgeführt worden war, auf die Bühne brachte. In einem siegreichen Deutschland wäre diese Aufführung unmöglich gewesen, dem besiegten war es ganz angenehm auch von der Bühne herab zu hören, daß Heldentum und Tapferkeit nur hohle Phrasen seien und die Sieger von Helden ebenfowenig besitzen als die Besiegten. Die Handlung spielt während eines bulgarisch-serbischen Krieges. Ein in der serbischen Armee dienender Schweizer Offizier flüchtet vor den Verfolgern in das Schlafzimmer einer fremden jungen Dame. Trotz einiger lächerlicher Dialoge wirkt das Stück im ganzen sehr trivial und antiquiert. Auch die geschmacklosen Witze über den geringen Verbrauch an Seife und Wäsche in unserem früheren Verbündetenstaat Bulgarien, die aber offenbar einen Teil des Publikums immer noch erfreuen, erscheinen heute nicht mehr zeitgemäß.

Die Aufführung hielt sich auf einem mittleren Niveau, herbergzuhaben wäre der auch in der Rolle sehr gute Major Petloff des Herrn Junkermann.

Das Publikum war heillosfremd und zum Schluß riefen einige Wigbolde nach dem Autor. Bernhard Shaw über Sozialistenverfolgungen. In der letzten Nummer der „Freien Welt“ lesen wir: In Detroit in Amerika wurde jemand zu vier Tagen Gefängnis verurteilt, weil er es gewagt hätte, in einem Straßenbahnwagen eine rabuläre sozialistische Schrift zu lesen. Als Shaw dies hörte, schrieb er

Die neue Schutzgarde des Kapitals.

Die Organisierung der neuen Sicherheitspolizei ist in vollem Gange. Obwohl in der Sitzung der preussischen Landesverammlung am vorigen Dienstag ein Regierungsvorbericht auf die kleine Anfrage des Genossen Rosenfeld erwiderte, die Sicherheitspolizei würde zunächst nur „versuchsweise“ in Berlin eingeführt, bleibt es eine feststehende Tatsache, daß auch in anderen Großstädten die neue militärische Schutzgarde des Kapitals binnen kurzem in Tätigkeit treten wird. Und zwar werden außer Berlin noch die Städte Danzig, Königsberg, Hamburg, Stettin, Hannover, Essen, Bochum, Gelsenkirchen, Magdeburg, Rastow, Dinslaken und Albed damit beglückt werden. Desgleichen ist sie für die Städte Kiel, Duisburg, Düsseldorf, Dortmund, Wiesbaden, Breslau, Danzig, Potsdam, Köln, Aachen, Saarbrücken, Koblenz, Frankfurt a. M. und Kassel vorgesehen. In all diesen Städten sind bereits Weidewerke an der Arbeit, die untertragsgemäß in erster Linie bei den Großindustriellen und Großbanken Gelder einsammeln sollen, um eine großartige Weidewerke zu errichten zu können. Vor uns liegt ein Werkblatt des Organisationsbüros der Sicherheitspolizei für Preußen vom 1. August 1919, in dem die obenangeführten Maßnahmen angeordnet werden. Die Vorbereitungsarbeiten haben inzwischen erhebliche Fortschritte gemacht und es wird nicht lange mehr dauern, bis auch die anderen Städte, ebenso wie Berlin, vor eine vollendete Tatsache gestellt sind.

Dah die Organisationsarbeiten unter dem vollen Ausschlag der Öffentlichkeit betrieben werden, beweist zur Genüge den volksfeindlichen Charakter dieser neuartigen Schöpfung, welche dem Geiste des Ehenhates entsprungen ist. Von Rücksicht auf den Arbeiter und von einer durchgehenden wird. In erster Linie handelt es sich natürlich darum, die durch den Friedensvertrag überflüssig gewordenen Offiziere auf andere Weise unterzubringen. Die Sicherheitspolizei wird eine wesentliche Ergänzung der Reichswehr bilden, von dem gleichen reaktionären Geiste erfüllt sein und ebenso wie diese nicht eine Etappe des um seine Existenz ringenden Volkes werden, sondern eine Organisation, dazu berufen, die am 9. November zerfallenen Herrschaftsverhältnisse neu zu begründen. Sie ist nicht dem Wunsch und dem Willen des Volkes entsprungen, sondern das Werk jener Kräfte, welche das deutsche Volk ins Unglück gestürzt hat und trotz der von ihr herabgeschickten Niederlage ihren unheilvollen Einfluß von neuem auf das Volk ausüben möchte. Es ist eine Schande, daß Männer, die jahrzehntlang gegen das alte Polizeiwesen in Preußen angeknüpft haben, heute ihre Hand dazu hehlen, eine militärische Polizei ins Leben zu rufen, die in einem weit stärkeren Maße volksfeindliche Tendenzen an den Tag legt, als es bei der alten Polizei, auf die mit Recht keiner gut zu sprechen war, der Fall war.

Die neue Sicherheitspolizei so lange als den Kampf gegen das Verbrechertum führen. Dazu gehören aber weder Tanks, noch Maschinengewehre, weder Flammenwerfer, noch Kanonen, weder Flugzeuge, noch Minenwerfer. Und dies sind die Hauptwaffen der neuen Sicherheitspolizei. Damit veranlaßt sie ihre Lehrgänge, erfahrenen Häuser, fähig „Specialisten“ als Offiziere ab zur Probe einzuweisen, aber bald werden wie sie in ihrer praktischen Tätigkeit leben. Was tun, wenn sich erfahrene Polizeiprofessionisten gegen die Organisation wenden, in ihr geradezu eine Gefahr für die Öffentlichkeit erblicken! Lüthich bezieht, welche kommt dem Befehl nach, Deine führt ihn aus und das Volk muß schweigen und die Kosten zahlen. Im Lande der vollendeten Demokratie!

Protest der Neubrunner Schutzmannschaft gegen die neue Sicherheitspolizei.

Der Kreisverein der Polizeimannschaften zu Neubrunn hielt gestern in der Schultheißenbräueri in der Hafenstraße eine Versammlung ab, um zu der Neuorganisation der Polizei Stellung zu nehmen. In längeren Ausführungen wies der stellvertretende Polizeikommissar Becker (Hantow) darauf hin, daß der jetzige Minister keine fröhliche als Polizeikommissar gegeben habe, daß die Polizei auf ihrem Posten war. Jetzt habe man dem Minister klar gemacht, daß die alte Polizei verjagt habe, zu Kommissar B a h r habe sogar behauptet, die alte Polizei lauge nichts mehr. Bis kurz vor der Revolution habe jeder Bürger Ruhe und Sicherheit genießen können; trotz der geringen Entlohnung habe jeder Schutzmann seinen Dienst getan. Nachdem

Freund in Amerika: „Hier Lage für die Bekämpfung eines solchen Dinges sind eine sehr gelinde Strafe. Bedenken Sie nur, was der Mann bekommen hätte, wenn man ihn beim Lesen des Neuen Testaments angetroffen hätte!“

Farbiges Bauen.

Warum haben alle neuen Taten der Künstler, der Maler wie der Bildhauer, auf so heftigen Widerstand des Publikums? Auf der „Großen Berliner Kunstausstellung“ trat dieser Widerspruch erneut zutage — äußerte sich sogar in dummer Bestörungsart. Als ob eine Bewegung wie die neue Kunst sich hemmen ließe, wenn Mißbegünstigte ein paar Proben entzweieltagen.

Aber woher dieser Widerstand? Die neue Kunst ist Banalität — das Publikum aber ist praktische Vernunft. . . und will deshalb auch eine Kunst, die praktischer Vernunft entspricht: Rechenhaftigkeit, Nützlichkeit, Deutlichkeit, Normalität. Alle Mittel der Kunst sollen einem verstandesmäßigen Zweck dienen. Die Zeichnung, wie die Farbe, soll der Nachahmung äußerer Wirklichkeiten dienen. Wer anders will, ist verrückt! — Nun wohl, dann ist eben die gesamte Kunst verrückt! Denn Kunst hat niemals ihre Mittel, Farbe, Linie und Form, Licht und Dunkel, irgendwelchen Ansprüchen praktischer Vernunft dienlich gemacht. Nie, niemals! Die letzte Zeit mit ihrer Durchschneidung ist, wie sie heute die rechte Hälfte der „Großen Berliner“ fällt, kein Beispiel dagegen; denn diese Bilder sind nicht Kunst. Rollen heißt nicht: weidende Nähe bei Sonnenuntergang recht planmäßig als optisches Abbild in Gelb umsetzen, sondern Schönheit schaffen aus Farbe. Aus den Farben erwacht das Bild nach den Gesetzen geistigen Wohlwollens, niemals nach Willkür. Nicht aber soll ein Saft („weidende Kinder“) die Farben (reines Rot und Blau und Gelb) zur Ausschweifung drücken in grau-gelber Zusammenmischung. Das ist Vergeßlichkeit der Farbenbereitschaft. Der Künstler läßt die Farben frei — und lebe: die Farben gebären Bilder. Gewiß, nicht alle, die heute in Farbe schwelgen, sind Künstler. Viele sind Bildhauer, die nur die Kunst diskreditieren. Aber wer kein Auge schärft, sondern die Bildhauer bald heraus, nicht die materielle Farbe macht das Kunstwerk, sondern der Geist, der in Farben spielt. Dieser Geist in den Farben ist etwas durchaus Wesentliches, eine wirkliche Wirklichkeit. Wir müssen sein besonderes Wesen erkennen. Dieser Geist, erkennen wir dann, hastet nicht festgebunden an der Erde,

die Schutzmannschaft nach der Revolution die Entmilitarisierung geordert habe, trage sie nichts mehr. Man be- deckte Berlin mit 1000 Mann Soldaten, geführt von aktiven Offizieren, die vom Volkswesen keine Achtung haben. Mit solchen unangebildeten Leuten könne man keinen Polizeidienst versehen, und die Berliner Bevölkerung werde schließlich

In wenigen Tagen geht das dritte Vierteljahr zu Ende!

Datum muß sofort die Neubestellung der Zeitung vorgenommen werden. Für jeden Arbeiter, für jeden, der über die politischen Vorgänge richtig unterrichtet werden will, kann nur das Blatt in Frage kommen, das die Rechte der arbeitenden Bevölkerung furchtlos und unermüßlich gegen die Annahmen und Gewalttätigkeiten des kapitalistischen Bürgertums und seiner rechtssozialistischen Schutzgarde vertritt.

Die „Freiheit“

ist die einzige Zeitung, die das kapitalistische Ausbeutungssystem und die wachsende militärische Reaktion konsequent bekämpft. Mit Beginn des neuen Quartals wird die „Freiheit“ eine weitere inhaltliche Ausgestaltung erfahren. Ab 1. Oktober beginnt der Abdruck eines Romans von Upton Sinclair „JIMMI HIGGINS“ Jeder Parteigenosse, jeder Arbeiter muß unermüßlich für die „Freiheit“ werben. Sie gehört in jede Arbeiterwohnung, weil sie allein für den völkerverfeindenden Sozialismus wirkt. Darum begnügt euch nicht damit, die „Freiheit“ zu lesen, sondern erachtet es auch als eure Pflicht,

neue Abonnenten zu werben!

sagen, bis hierher und nicht weiter. Nicht mit Maschinengewehren und Handgranaten werde die Sicherheit Berlins wiederhergestellt, sondern durch die alte verpörrte und von Hochrenten geführte Polizei. In protestieren wir gegen die Errichtung der neuen, aus jungen, unverschuldeten und im Polizeidienst unerfahrenen Sicherheitsweh, die eine alte erfahrene Truppe aus ihrem Amte verdrängt und mit ihrem Militarismus eine Gefahr der politischen Freiheit der Schutzmannschaft bildet.

Weiter sprach der Vorsitzende der Organisation der Schutzmannschaft Garader gegen die lastrierende Polizei, die mit ihren Dienstaufführungen in der Alexanderstraße keine Gewähr für die Sicherheit auf den Straßen bietet. In der Wirklichkeit ist es anders aus. Im Ministerium habe man gesagt, die bisherige Polizei solle die Gefahr des Dienstes nicht mehr tragen, das mache jetzt die neue Sicherheitspolizei. Die Folge werde sein, daß die verschiedenen Polizeigattungen nicht mehr miteinander, sondern nebeneinander arbeiten zum Nachteil der Bevölkerung. Am weiteren Verlauf der Verhandlungen sprachen sich die Angeordneten Kuzaschowitz (Deutsch-Nationale Volkspartei) und Auer (Deutsch-Demokr. Volksp.) für die Erhaltung der bisherigen Polizei, die einer Reformierung unterliegen werden müsse, aus und bedröherten es, daß man sich im Ministerium über die vorgelegten Pläne einfach hinweggesetzt habe,

sondern ist Weltzeit. Auch die Erde kann keine Heimat sein, aber sie schließt ihn nicht ein. Deshalb kann der wahre Natur niemals „Naturalist“ sein. Der Naturalist gibt ja nur den menschlichen Augenschein; aber die Farbe ist ein weltliches Sein.

Es ist niemandem unmöglich, die Sinne (nur auf die Sinne, nicht auf den Verstand kommt es an; es heißt zu fühlen, nicht zu begreifen) für diese Unterschiede zu schärfen. Die „Große Berliner“ gibt uns reichlich Gelegenheit. Wer die neuen Bilder auf der linken Seite der Ausstellung nur studieren will in ruhiger Andoreingewohntheit, findet einen Ratgeber unter den Bildern selbst, der unmisslich ist: Marc Chagalls Bild an der Rückwand des linken Saales. Dieses herrliche Bild ist ganz aus dem Wesentlichen der Farbe gebildet. Das ist Farbe! Unter den abstrakten Bildern der Novembergruppe die beiden Gemälde von Oskar Fischer: „Karlsruhe, Haus am Meer“ und „Der Sprung“ — sie sind Wesen aus Farbe. Und auf der „Freien Sezession“ die beiden Bilder von Franz Marc und die Bilder von Kasar Segall — ganz verschieden in ihrer „Galtung“ — sind überzeugende Wesen aus Farbe, und in der Ausstellung des „Sturm“ in diesem Monat sind die Bilder von Georg Rucke Wesenheiten aus Farbe. Georg Rucke ist unter den wirklich schöpferischen Malern der neuen Generation sogar einer der stärksten. Sein Bild „Wilhelm Runge zum Gedächtnis“ ist eine wunderbare tiefe Totenklage der Farben.

Warum gehen dem Publikum diese Dinge so furchtbar schwer ein? Weil seine ganze Welt — farblos ist: konventionell, vernünftig, mager und grau, vor allem die Häuser und die Wohnungen. Alles ist praktische Vernunft, nichts ist mehr Liebe, Freude, Phantasie! Muß unsere Welt so trübe sein? Wahrhaftig nicht! Lebten wir in einer farbigen Welt, wir würden die naturwissenschaftlichen Graulingen-Maler auslachen. Und warum leben wir nicht in einer farbigen Welt? Weil unsere Architekten sich in den letzten Generationen dem absoluten „Zweck“ ausgeliefert haben. Farbe — das Wort war für den modernen Architekten das rote Tuch für den Elter — weil er mit der Farbe nichts anzufangen wußte. Farbe kann nur der Künstler handhaben. Und hatten wir unter den letzten Architekten Künstler? Das Volk hat früher farbige Architekturen sich selbst geschaffen. Sie waren ihm notwendig, nicht aus praktischer Vernunft, sondern aus frohlicher Liebe zum Reichtum der Welt. Buntemalte Fachwerkhäuser, die schwarzen Häuser im Bergischen (auch Schwarz ist eine Farbe!), die roten,

Groß-Berlin.

Um die Arbeiter von politischen Kämpfen abzugiehen. Bürgerliche Vereinigungen aller Art bemühen sich unter den verschiedensten Maskierungen, die Arbeiter vom politischen Kampfe abzugiehen und sie einzulassen. Wie das gemacht wird, berichtet ein Rundschreiben, das kürzlich auch an gewerkschaftliche Organisationen in der Stadt Brandenburg a. Havel gerichtet wurde. Das Schreiben lautet:

Abtschiff, Brandenburg (Havel), den 17. September 1919. W/Sch.

Die Anfang dieses Jahres gegründete Vereinigung für volkswirtschaftlich-wissenschaftliche Vorträge hat beschlossen, dem ganzen Unternehmen eine möglichst breite Basis zu geben dergestalt, daß verlangt werden soll, bestehende Assoziationen und Vereine für die Abhaltung heranzuziehen, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Die Abhaltung ist gebacht in der Weise, daß jede Assoziation ihren Vorsitzenden oder Vertrauensmann in den erweiterten Vorstand der Vereinigung für volkswirtschaftlich-wissenschaftliche Vorträge einsetzt. Der Zweck der Vereinigung ist, durch Vorträge auf allen Gebieten der Wissenschaft und Kunst — politisch und religiös neutral — die Massen unserer Mitbürger zur Erregung zu geben und die Bildung zu vertiefen. — Notwendig ist es, unsere Mitbürger von politischen und wirtschaftlichen Kämpfen abzugiehen und für die erregenen Ziele zu gewinnen. — Sagen Ihnen diese Ziele der Vereinigung zu, dann bitten wir Sie, 1. einen Jahresbeitrag zu zeichnen für die Zwecke der Vereinigung, 2. diesen Jahresbeitrag unserm Konto beim Brandenburgischen Bankverein freiwillig zu überweisen, 3. für den Besuch unserer Vorträge mitzuwirken, 4. zu unsrer im September stattfindenden Generalversammlung — der genaue Tag wird noch angegeben — einen Ihrer Herren als Vertreter zu entsenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung Verehrung für volkswirtschaftlich-wissenschaftliche Vorträge. J. A.: Heimkampen, Dr. med. Dauter, Heilbad, Meissen, Meier, Oswald Richter, Rohmann, Heil, Schmale, Thal, Dr. Wenzel, Volat, Wiederholz.

Bildung brauchen die Arbeiter sicherlich, in erster Linie aber solche, die ihnen Kenntnisse und Wissen über die ökonomischen Zusammenhänge unseres gesellschaftlichen Lebens vermittelt und sie reich macht zur besseren Beurteilung der heutigen Machtverhältnisse und zur Kampfstellung gegen die gegenwärtigen Machtverhältnisse. Was hier vermittelt werden soll, ist das Gegenteil. Die Arbeiter sollen durch Afterswissenschaft abgezogen werden von den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen. Dagegen müssen die Arbeiter Front machen. Charakteristisch ist im vorliegenden Falle, daß auch Arbeitervertreter diese Scheinbildung empfehlen und die Arbeiter auffordern, sich an diesem Unternehmen zu beteiligen. Herr Reinhold Stadtrat, beide waschechte Rechtssozialisten. Und diese Scheinsozialisten geben sich dazu her, die Arbeiter von politischen und wirtschaftlichen Kämpfen abzugiehen.

Das Dienstverhältnis im Krankenhaus Bethanien.

Das Krankenhaus Bethanien ist auf konfessioneller Grundlage aufgebaut. Es ist allgemein bekannt, daß die Insassen dieses Zentral-Diakonissenhauses vornehmlich mit geistiger Speise versorgt werden. Weiterhin ist eine feudale Dame, die Oberin Hildegard von Bethmann Hollweg, die Angestellten klagen über lange Arbeitszeit, miserablen Lohn. Sie werden zum Niedrigsten täglich zweimal genötigt. Von abends 9 Uhr an werden die Mädchen eingeschlossen. Auf den „troien Bedarf“ wird arg geschlupft. Die Worte Spaziatiker, Mäuler, Plünderer sind oft zu hören. Die Beschäftigten werden in den geistlichen Verband zu pressen bestraft und anders nicht.

Nun besteht ein Tarifvertrag, der auch den Mädchen bestimmte Rechte zusichert, aber dieser Tarifvertrag wird zu umgehen versucht. Die Frau Oberin schreibt an die Eltern der im Diakonissenhaus tätigen Mädchen Briefe, in denen sie auf die Gefahren der

grünen und blauen Häuser im Müdeburgischen — sie wenigstens haben noch heute zu unserer Freude.

Gärten wir noch allgemein die farbige Welt, nicht wäre uns natürlicher als die frohe Kühnheit, mit der die jungen Maler die Farbe dem Blau zurückerobern. Solange wir im Grauen, Farblosen, Stumpfen hausen, scheint uns ihre materielle Farbenpracht trüb, aber sie ist es nicht. Sie ist das Natürlichste von der Welt, wie die Freude etwas Natürliches — sein sollte!

Es hängt von der Architektur, die uns umgibt, unendlich vieles auch für das Schicksal der neuen Malerei und Plastik ab. Denn auch die Plastik will wieder Farbe sein! Wir haben ja hier immer schuldhaftig nach der Farbe ausgeschaut und unsere Leser für die Farbe zu gewinnen gesucht. Da wirkt in gleicher Richtung die wertvolle Tat einiger Architekten, die in Heft 88 der „Bauewelt“ auftraten zum farbigen Bauen. Wir drücken hier einige entscheidende Sätze ab: „Das Publikum hat heute Angst vor dem farbigen Haus und vergißt, daß die Zeit nicht solange her ist, in der die Architekten keine schmutzigen Häuser bauen durften und in der man kein Haus verschmachten ließ. Wir Unlerzeichneten bekennen uns zur farbigen Architektur. Wir wollen keine freudlosen Häuser mehr bauen und erbaut sehen und wollen durch dieses geschlossene Bekenntnis dem Raubherrn, dem Siebeler, wieder Mut zur Farbenfreude am Äußereren und Inneren des Hauses geben, damit er uns in unserem Wollen unterstützt. . . . Wir verwerfen den Verzicht auf die Farbe ganz und gar, wo ein Haus in der Natur steht. . . . An Stelle des schmutzigen grauen Hauses im Freien trete endlich wieder das blaue, rote, gelbe, grüne, schwarze, weiße Haus in ungebrochener leuchtender Tönung.“

Wir vermerken mit großer Freude, daß unsere besten Architekten den Aufruf geantwortet haben: Peter Behrens, Endell, Göttel, Gropius, Rebes, Böhmig, Bruno und Max Laut, Debschitz, Gräßel, Eisler u. a. Besonders erfreulich ist, daß auch einige Männer „Farbe bekennen“, die in der Siedlungs- und Gartenstadtbewegung eine führende Rolle spielen, wie Bernhard und Hans Kompmeyer und Wolf Otto. Schön wäre es, wenn auch Organisationen von Siedlern erklären würden, daß sie keine grauen Steinblöcke mehr bauen wollen, sondern farbige Häuser. Das wäre der beste Beweis dafür, daß Farbe gewünscht wird. Und dann würde sich auch bald in den Ausstellungen das Platz wenden. Nicht mehr die Expressionisten werden demoliert, sondern die grauen Abmalen — nicht angegriffen, sondern heiter ausgelacht. . . . Es lebe die Farbe! Adolj Dehne.

